



ICAN-Briefing

Das Ende des Anfangs: Welche Zukunft hat die nukleare Rüstungskontrolle nach dem Auslaufen des New START-Vertrags?

Sebastian Niemetz, Lina Baumann

29. Januar 2026

Zum 5. Februar 2026 läuft mit New START der letzte verbliebene nukleare Rüstungskontrollvertrag zwischen den USA und Russland aus. Damit können beide Staaten zum ersten Mal seit 1972 wieder ungebremst nuklear aufrüsten – eine Eskalationsspirale mit globalen Auswirkungen droht. ICAN fordert Moskau und Washington auf, sich an New START zu halten und ein Nachfolgeabkommen zu beschließen, welches das Regime multilateraler Abrüstung der Vereinten Nationen stärkt. Die deutsche Bundesregierung sollte dabei eine aktivere und unterstützende Rolle einnehmen.

Was der Vertrag (nicht) regelt

Die Laufzeit von New START ist auf zehn Jahre begrenzt, mit der Möglichkeit einer Verlängerung um maximal fünf Jahre. Da der Vertrag 2011 in Kraft trat und bereits bis Februar 2026 verlängert wurde,^[1] kann diese Option nicht mehr genutzt werden. Allerdings steht es Russland und den USA offen, sich freiwillig weiter an dessen Vereinbarungen zu halten und ein neues Abkommen zu verhandeln.

Unter New START dürfen beide Länder maximal 1.550 einsatzbereite strategische Atomsprengköpfe, 700 einsatzbereite Trägersysteme (z.B. ballistische Raketen) sowie 800 Startsysteme (mobile Abschussvorrichtungen, U-Boote, strategische Bomber, etc.) besitzen. Außerdem sieht der Vertrag umfangreiche Transparenz- und Kontrollmechanismen vor, wie den regelmäßigen Austausch von Daten oder das Recht, Inspektionen durchzuführen.^[2]

Als New START 2011 beschlossen wurde, sahen US-Präsident Barack Obama und sein russischer Gegenpart Dmitri Medwedew das Abkommen als eine kurzfristige Lösung angesichts des auslaufenden SORT-Vertrages. Als Zwischenziel sollten Verifikationsmechanismen aufrechterhalten und einige kleinere Reduzierungen vorgenommen werden, um darauffolgend einen Vertrag über tiefgreifende Arsenalreduzierungen zu verhandeln – der jedoch nie zustande kam.^[3]

New START war als Zwischenlösung gedacht und birgt einige Unzulänglichkeiten, zum Beispiel erfasst der Vertrag keine sogenannten „taktischen“ Atomwaffen. Außerdem wird pro strategischem Bomber nur ein Atomsprengkopf gezählt, auch wenn er in Wahrheit mehr Sprengköpfe an Bord hat. Somit reflektiert New START nicht vollumfassend die tatsächliche Anzahl an einsatzbereiten Atomsprengköpfen, über die die beiden Großmächte verfügen.^[4] Zudem beinhaltet New START keine Mechanismen, um regulierte und verifizierte Abrüstung von atomaren Massenvernichtungswaffen effektiv voranzubringen. Stattdessen hat das Abkommen auch dazu beigetragen, den nuklearen Status Quo zu verfestigen: Eine Welt mit mehr als 12.000 Atomsprengköpfen^[5] – immer noch genug, um einen globalen Ökozid herbeizuführen und die menschliche Zivilisation auszulöschen.

Dass New START dieses Grundproblem des nuklearen Status Quo kaschiert, kann man auch an Medienberichten zum Vertrag erkennen. Oftmals wird New START als ein Beitrag zur „strategischen Stabilität“ oder als eine „Leitplanke“ beschrieben. Solche Sprachbilder, zusammen mit dem Fokus auf sogenanntes „Risiko-Management“, suggerieren mehr Kontrolle über das gegenwärtige System der Nuklearen Abschreckung als die Atomwaffenstaaten wirklich besitzen. Denn dieses System ist inhärent instabil, beruht auf eklatanten Fehleinschätzungen, birgt extreme Risiken und kann nicht ewig fortgeführt werden, ohne dass es zu erneuter atomarer Massenvernichtung kommen wird.

New START sollte deswegen als ein Pflaster gesehen werden, das behelfsweise auf eine klaffende Wunde geklebt wurde. Anstatt nun viel Zeit mit der Diskussion zu verlieren, ob man das Pflaster austauschen sollte oder nicht, müsste die verletzte Person dringend in den OP-Saal gebracht werden. Wir benötigen nicht nur verifizierte *Begrenzungen*, sondern *Reduzierungen* der Atomarsenale, die schließlich zu deren kompletter Eliminierung führen.

Vertragsende: Was sind die Folgen?

Das Ende von New START bedeutet, dass die Atomprogramme der USA und Russland seit 1972 zum ersten Mal nicht mehr quantitativ beschränkt sein werden. Angesichts der gegenwärtig angespannten geopolitischen Lage könnte es in der Folge zu einem ungebremsen Wettrüsten kommen. Laut einem Report der *Union of Concerned Scientists* würden die beiden Großmächte nur wenige Wochen

benötigen, um Hunderte weitere Atomwaffen zu stationieren; innerhalb weniger Jahre könnten sie die Anzahl ihrer einsatzbereiten Nuklearwaffen sogar verdoppeln.^[6] Neben der erhöhten Gefahr eines nuklearen Konflikts bedeutet ein erneutes Wettrüsten außerdem erhebliche militärische Mehrkosten, was zu Kürzungen in anderen Bereichen wie Sozialleistungen führen würde.

Die Auswirkungen würden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch andere Länder nicht unberührt lassen und vertikale Proliferation befeuern. In Washington gibt es zum Beispiel Stimmen, die von Frankreich und Großbritannien mehr nukleare Beteiligung in der NATO fordern, soll heißen: mehr Atomwaffen in Europa.

Auch das chinesische Atomarsenal wäre betroffen. Ein Report des Pentagons schätzt, dass das Land bis 2030 über mehr als 1.000 Atomsprengköpfe verfügen könnte.^[7] In Peking sieht man diese Aufrüstung als eine Reaktion auf die weitaus größeren russischen und amerikanischen Arsenale (zusammen über 8.000 Sprengköpfe), was vermuten lässt, dass wachsende amerikanische und/oder russische Atomarsenale auch die chinesische Aufrüstung anfeuern würden.

Hinzu kommt die steigende Gefahr der horizontalen Proliferation. Von Südkorea über Saudi-Arabien bis nach Deutschland: In vielen Staaten werden nun die Stimmen lauter, eigene Atomwaffen anzuschaffen. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) warnt vor mehr als 15 zusätzlichen Atomwaffenstaaten.^[8] All diese Entwicklungen bergen erhebliche Bedrohungen für die Sicherheit Deutschlands, Europas und der Welt. Mit jeder weiteren Kernwaffe und jedem neuen Atomwaffenstaat steigt das Risiko eines Nuklearkriegs - ob beabsichtigt oder durch Missverständnisse, menschliche bzw. technische Fehler oder eine unüberlegte Entscheidung eines instabilen Staatsherrn.

Moskaus Kehrtwende – Washingtons Schweigen

Im Februar 2023 erklärte der russische Präsident Wladimir Putin, dass sein Land die Mitgliedschaft im New START-Vertrag aussetze.^[9] Seither erfüllt Russland nicht mehr seine Verifikations- und Transparenzpflichten und teilt weder Informationen mit den USA noch erlaubt es Inspektionen seiner Anlagen. Seit Juni 2023 sind Gegenmaßnahmen der USA in Kraft, auch sie teilen keine Informationen mehr und lassen keine Inspektionen zu.^[10] Jedoch wurden bisher auf beiden Seiten keine Verstöße gegen die in New START enthaltenen numerischen Beschränkungen festgestellt.^[11] Ziemlich sicher war die russische Intention hinter dem Aussetzen von New START, nukleare Rüstungskontrolle als Druckmittel im Konflikt um die Ukraine zu nutzen – ohne sichtbaren Erfolg.^[12]

Im September 2025 kündigte Putin überraschend an, dass sich sein Land für ein Jahr weiter an die „zentralen quantitativen Beschränkungen“ des Vertrags halten werde, sofern die USA dies auch täten.^[13] Zwar erwähnte er nicht die mögliche Wiederaufnahme von Verifikationsmechanismen, dennoch handelte es sich um eine deutliche Kehrtwende der russischen Position.^[14] Eine formelle Antwort seitens des amerikanischen Präsidenten Donald Trump gab es auf diesen Vorschlag bisher nicht. Während er ihn im Oktober letzten Jahres noch als eine „gute Idee“ bezeichnete, sagte er Anfang Januar 2026 bezüglich New START nur noch: "Wenn er ausläuft, läuft er aus."^[15]

Gegenläufige Tendenzen der internationalen Diplomatie

Das Ende von New START muss im Kontext der seit Jahrzehnten stattfindenden Demontage der internationalen Rüstungskontrolle gesehen werden: der Vertrag über die Begrenzung von antibalistischen Raketenabwehrsystemen (ABM Treaty), der Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF Treaty), der Vertrag über den Offenen Himmel (Open Skies Treaty), die Wiener Nuklearvereinbarung JCPoA (Joint Comprehensive Plan of Action) – dies waren alles erfolgreiche Abkommen, die wechselseitig von russischer und amerikanischer Seite aufgekündigt wurden. Seit den 2000er-Jahren fachen militärische Hardliner in Moskau und Washington diese Spirale der steigenden globalen Unsicherheit an: Funktionale Rüstungskontrolle wird immer weiter zerlegt und von irrationalen Großmachtprojekten abgelöst, zum Beispiel in Form von Putins „Superwaffen“ (Poseidon, Burevestnik) oder Trumps Traum eines „Golden Domes“.

Doch zeitgleich zu dieser für Sicherheit und Frieden verheerenden Spirale hat sich eine multilaterale Gegenbewegung entwickelt, die ihre Kulmination im Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen (AVV) fand. Obwohl der AVV erst seit 2021 in Kraft ist, sind mittlerweile mehr als die Hälfte aller UN-Staaten Mitglieder des Abkommens. Zusammen mit Verträgen wie dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV), dem Kernwaffenteststopp-Vertrag (CTBT) und dem Vertrag über die Abschaltung von spaltbarem Material (FMCT) bildet der AVV das Fundament für eine Kehrtwende der atomaren Aufrüstungsspirale, welches auch von Deutschland und der NATO strategisch genutzt werden sollte.

In diesem Kontext wird das Potenzial von bilateralen Verträgen wie New START sichtbar. Idealerweise eröffnen sie Räume für mehr Austausch und Zusammenarbeit, reduzieren Misstrauen und machen gefährliche Missverständnisse oder leichtsinnige Eskalationen unwahrscheinlicher. Werden sie jedoch bloß in die Dysfunktionalität des nuklearen Status Quo eingebettet und nicht als Schritt hin zu

nuklearer Abrüstung genutzt, tragen sie nicht zur Lösung des zivilisationsbedrohenden Atomproblems bei.

Forderungen

Für die mittel- und langfristige Sicherheit Europas und Deutschlands ist die atomare Abrüstung elementar. ICAN Deutschland fordert die beiden New START-Vertragsstaaten auf, sich durch **Moratorien** weiterhin an die Vertragsbedingungen zu halten und ein **Nachfolgeabkommen** auszuhandeln. Dieses sollte Regelungen zur Reduzierung nationaler Arsenale beinhalten und sich außerdem in das **multilaterale System der Abrüstung der Vereinten Nationen** einfügen und dieses stärken. Die Bundesregierung sollte sich diesen Forderungen anschließen und eine aktivere Rolle zur Stärkung der multilateralen Abrüstungsdiplomatie einnehmen.

Die Vorteile einer freiwilligen Einhaltung von New START sind offensichtlich: **Moratorien** würden beide Staaten kaum etwas kosten und dennoch zu einem temporären Sicherheitsgewinn beitragen. Ein Nachfolgevertrag ist unbedingt notwendig, aber erfordert Zeit, um verhandelt zu werden. Die freiwillige Einhaltung und Wiederaufnahme der Transparenz- und Verifikationsaktivitäten kann als Übergangsoption dienen, die ein Wettrüsten verhindert. Zudem würden Moratorien beider Staaten ein förderliches Signal kurz vor der im April/Mai 2026 stattfindenden Überprüfungskonferenz des gebeutelten NVV senden. Nicht zuletzt sind Moratorien auch aus demokratischer Sicht der richtige Weg: Laut einer Umfrage sprechen sich 91 Prozent der US-Amerikaner:innen für eine Einhaltung der Vertragsbedingungen und einen Folgevertrag aus.^[16]

Wie genau dieses **Nachfolgeabkommen** aussehen würde, kann nicht gesagt werden. Während Trump neben Russland auch gerne China in die Verhandlungen involvieren würde, lehnt China dies ab.^[17] Russland wiederum würde lieber über die Arsenale der NATO-Mitglieder Großbritannien und Frankreich verhandeln.^[18] Fraglich ist außerdem, ob die unter New START bestehenden Beschränkungen übernommen oder weiter verstärkt werden würden. Ein neuer Vertrag birgt die Chance, neue Technologien und sogenannte "taktische" Atomwaffen zu umfassen, die bisher nicht vertraglich reguliert sind.

Um die Komplexität von tri- bzw. multilateralen Verhandlungen zu vermeiden, könnte zunächst ein Abkommen zwischen den USA und Russland geschlossen werden, das verifizierte Begrenzungen und Reduzierungen ermöglicht. Dies macht auch deswegen Sinn, weil beide Staaten noch immer über fast 90 Prozent aller Atomwaffen der Welt verfügen.^[19]

ICAN Deutschland

29. Januar 2026

Das Ende des Anfangs:
Welche Zukunft hat die
nukleare Rüstungskontrolle
nach dem Auslaufen
des New START-Vertrags?

Zudem könnten die fünf „offiziellen“ Atomkräfte in Verknüpfung mit den Vereinten Nationen an ihre gemeinsame Erklärung von 2022^[20] anschließen und multilaterale Abrüstungsverhandlungen führen.

Dafür sollten alle verfügbaren, effektiven Räume für Rüstungskontroll- und Abrüstungsdiplomatie genutzt werden – auch die Konferenzen des Nichtverbreitungs- sowie des Atomwaffenverbotsvertrages. Atomwaffen sind, wie die Klimakatastrophe, eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit und können nur multilateral bekämpft werden. Das bestehende **multilaterale System der Abrüstung** der Vereinten Nationen trägt bereits heute zur Sicherheit Deutschlands und Europas bei und birgt noch viele von den Atomwaffenstaaten sowie ihren Verbündeten ungenutzte Potenziale.

Auch deshalb kommt der **Bundesregierung eine wichtige Rolle** zu. Sie sollte umgehend ihren Boykott des AVV beenden und sich der Mehrheit der Staatenwelt anschließen. Selbst wenn sie einen Beitritt zum Verbotsvertrag nicht unmittelbar durchsetzen möchte, sollte sie dessen Strukturen nutzen, um europäische Sicherheit durch strategische Rüstungskontrolle und Abrüstung voranzubringen. Es ist das diplomatische Mindestmaß, dass die Bundesregierung die Konferenzen des Atomwaffenverbots der Vereinten Nationen zumindest als offizielle Beobachterin begleitet. Zudem sollte die Bundesregierung das mittelbare Ziel eines deutschen Beitritts zum Atomwaffenverbotsvertrag erklären. Eine Welt ohne die Bedrohung der atomaren Massenvernichtung kann nur im Verbund der Vereinten Nationen ermöglicht werden.

Kontakt:

ICAN Deutschland

Tel.: 030 549 083 40

E-Mail: office@ican.berlin

29. Januar 2026

**Das Ende des Anfangs:
Welche Zukunft hat die
nukleare Rüstungskontrolle
nach dem Auslaufen
des New START-Vertrags?**

Quellen

- [1] U.S. Department of State, *New START Treaty*, 01.06.2023, <https://www.state.gov/new-start-treaty>.
- [2] *Treaty Between the United States of America and the Russian Federation on Measures for the Further Reduction And Limitation of Strategic Offensive Arms*, unterzeichnet am 08.04.2010, in Kraft getreten am 05.02.2011 (New START-Vertrag), Art. II und Art. V ff.
- [3] Joseph Cirincione, *Restoring Nuclear Diplomacy*, American Foreign Service Association, o. D., <https://afsa.org/restoring-nuclear-diplomacy>.
- [4] New START-Vertrag, Art. III, lit. b; Jennifer Knox, *Nuclear Weapons Without Limits? Avoiding a New Arms Race After New START*, Union of Concerned Scientists, Januar 2026, Box 1, <https://www.ucs.org/resources/nuclear-weapons-without-limits>.
- [5] Hans Kristensen et al., *Status of World Nuclear Forces*, Federation of American Scientists, 26.03.2025, <https://fas.org/initiative/status-world-nuclear-forces/>.
- [6] Knox, *Nuclear Weapons Without Limits?*, S. 6 ff, <https://www.ucs.org/resources/nuclear-weapons-without-limits>.
- [7] U.S. Department of War, *Report to Congress on Military and Security Developments Involving the People's Republic of China 2025*, 23.12.2025, S. 22, <https://media.defense.gov/2025/Dec/23/2003849070/-1/-1/1/ANNUAL-REPORT-TO-CONGRESS-MILITARY-AND-SECURITY-DEVELOPMENTS-INVOLVING-THE-PEOPLES-REPUBLIC-OF-CHINA-2025.PDF>.
- [8] Tagesspiegel, *Atombehörde: Grossi warnt vor Welt mit 25 Nuklearstaaten*, 07.09.2025, <https://www.tagesspiegel.de/internationales/atombehorde-grossi-warnt-vor-welt-mit-25-nuklearstaaten-14288390.html>.
- [9] Wladimir Putin, *Presidential Address to Federal Assembly*, 21.02.2023, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/70565>.
- [10] U.S. Department of State, *U.S. Countermeasures in Response to Russia's Violations of the New START Treaty*, 01.06.2023, <https://www.state.gov/u-s-countermeasures-in-response-to-russias-violations-of-the-new-start-treaty>.
- [11] Nuclear Threat Initiative, *The End of New START: From limits to looming risks*, 12.01.2026, <https://www.nti.org/analysis/articles/the-end-of-new-start-from-limits-to-looming-risks/>.
- [12] Knox, *Nuclear Weapons Without Limits?*, S. 2, <https://www.ucs.org/resources/nuclear-weapons-without-limits>.

**Das Ende des Anfangs:
Welche Zukunft hat die
nukleare Rüstungskontrolle
nach dem Auslaufen
des New START-Vertrags?**

[13] Wladimir Putin, *Meeting with permanent members of the Security Council*, 22.09.2025, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/78051>.

[14] Knox, *Nuclear Weapons Without Limits?*, S. 3, <https://www.ucs.org/resources/nuclear-weapons-without-limits>.

[15] Daryl G. Kimball, *Trump on New START: 'If It Expires, It Expires'*, Arms Control Association, Januar/Februar 2026, <https://www.armscontrol.org/act/2026-01/news-briefs/trump-new-start-if-it-expires-it-expires>.

[16] Nuclear Threat Initiative, *Americans Across Party Lines Want the U.S. to Keep Nuclear Limits with Russia, New Poll Finds*, 21.01.2026, <https://www.nti.org/news/americans-across-party-lines-want-the-u-s-to-keep-nuclear-limits-with-russia-new-poll-finds/>.

[17] Reuters, *China says trilateral nuclear disarmament talks with US, Russia 'unreasonable'*, 27.08.2025, <https://www.reuters.com/world/china/china-says-trilateral-nuclear-disarmament-talks-with-us-russia-unreasonable-2025-08-27/>.

[18] Putin, *Presidential Address*, 21.02.2023, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/70565>.

[19] Kristensen et al., *Status of World Nuclear Forces*, Federation of American Scientists, 26.03.2025, <https://fas.org/initiative/status-world-nuclear-forces/>.

[20] The White House, *Joint Statement of the Leaders of the Five Nuclear-Weapon States on Preventing Nuclear War and Avoiding Arms Races*, 03.01.2022, <https://whia.us/en/2322/>.